

Liechtensteiner Volksblatt

Adresse: Feldkircher Strasse 5, 9494 Schaan

Telefon (075) 237 51 51

Fax Redaktion (075) 237 51 55

Fax Inserate (075) 237 51 66

Amtliches Publikationsorgan

1.00 Fr.

AKTUELL

Fussballweltmeisterschaft 2002 in Japan und Korea



Japan und Südkorea werden die Fussballweltmeisterschaft 2003 nun doch gemeinsam ausrichten (im Bild: Die OK-Verantwortlichen aus Korea, rechts, und aus Japan posieren gemeinsam mit dem WM-Pokal). Das beschloss der Internationale Fussballverband (FIFA) am Freitag auf einer Sitzung in Zürich, wie FIFA-Präsident Joao Havelange mitteilte. Der Beschluss sei im FIFA-Exekutivkomitee einstimmig gefallen, sagte Havelange. Es ist das erste Mal in der Geschichte des Fussballs, dass die Weltmeisterschaft gleichzeitig von zwei Ländern ausgetragen wird. Südkorea und Japan hatten sich beide um das internationale Sportereignis bemüht.

1,5 Millionen Franken für Gleichstellungsprojekte

Für Projekte zur Gleichstellung von Frau und Mann sowie für die Unterstützung von Beratungsstellen stellt der Bund im laufenden Jahr 1,5 Millionen Franken zur Verfügung. Diese Unterstützung basiert auf dem neuen Gleichstellungsgesetz, welches am kommenden 1. Juli in Kraft tritt. Gesuche um Finanzhilfen können bis zum 25. August beim Gleichstellungsbüro in Bern eingegeben werden, wie dieses am Freitag mitteilte. Der Bundesrat hat in der vergangenen Woche Richtlinien zur finanziellen Unterstützung von Gleichstellungsprojekten und Beratungsstellen verabschiedet.

Werden teuerungsbedingte Steuererhöhungen ausgeglichen?

Kann mit Erhöhung der Progressionstabelle ein Ausgleich der «kalten Progression» erreicht werden? – Regierungsantwort auf Landtagsvorstösse

(G.M.) – Ein Ausgleich der «kalten Progression» soll nur über eine Anhebung und Ausweitung der Progressionstabelle für das Steuergesetz erfolgen, nicht aber durch erhöhte Erwerbsabzüge und Vermögensfreibeträge. Diese Vorstellung enthält der Bericht der Regierung auf ein schon 1994 eingereichtes VU-Postulat, das sich – wie bereits berichtet – auf eine FBPL-Motion abstützt. Nach den im Bericht enthaltenen Steuerberechnungsbeispielen besteht nach Auffassung der Regierung kein Handlungsbedarf für andere Entlastungen der Steuerpflichtigen.

Zwei Jahre vergingen nach der Debatte im Landtag wegen der von der Mehrheitspartei abgelehnten FBPL-Motion und dem nachgereichten VU-Postulat zum Ausgleich der «kalten Progression», bis die Regierung einen Bericht und einen Antrag zur Änderung des Steuergesetzes unterbreitete. In ihrem Bericht, in dem mit keinem Wort erwähnt wird, dass die Forderung nach einem Ausgleich der teuerungsbedingten Steuererhöhungen ursprünglich von der FBPL-Fraktion stammt, nimmt die Regierung Stellung zu dieser langen Zeitdauer.

Die Analysen über das Ausmass der «kalten Progression» seien schnell gemacht gewesen, hält der Bericht fest, doch wäre es nach Auffassung der Regierung falsch, einen Ausgleich ohne Rücksicht auf den Finanzbedarf von Land und Gemeinden vorzunehmen. «Zwar war Ende 1994 bekannt, dass die Mehrwertsteuer eingeführt und dem Land Liechtenstein neue Einnahmen generieren würden», schreibt die Regierung in ihrem Bericht, «nicht bekannt war aber, welche Auswirkungen diese neue Steuer auf die verschiedenen Wirtschaftssektoren haben würde» – wie etwa Gründungen von Gesellschaften, Exporte, Finanzdienstleistungen im allgemeinen.

Der Vorschlag der Regierung setzt auf eine Anpassung der Progressionstabelle, dass «die prozentuale Steuerbelastung des Bruttoerwerbs von Alleinstehenden im Jahre 1995 knapp unter dem Niveau des Jahres 1984» liegt. Mit diesem Vorschlag würden die verheirateten Steuerpflichtigen in den Genuss einer weiteren Entlastung kommen. Die Progressionstabelle soll neu erst bei einem steuerpflichtigen Erwerb von 19 850 Fr. (bisher 16 350 Fr.) einsetzen, nach oben würde die Tabelle bis auf 425 Prozent (bisher 395 Prozent) gestreckt.

Die Anpassung der Progressionstabelle wird nach den Berechnungen der Regierung Mindereinnahmen für den Staat von 1,2 Mio. Fr. und für die Gemeinden in Höhe von 2,4 Mio. Fr. bringen. Auf der anderen Seite soll die Erstreckung der Progressionstabelle Neueinnahmen von 0,4 Mio. Fr. für den Staat und von 0,8 Mio. Fr. für die Gemeinden ergeben. Die Steuererhö-

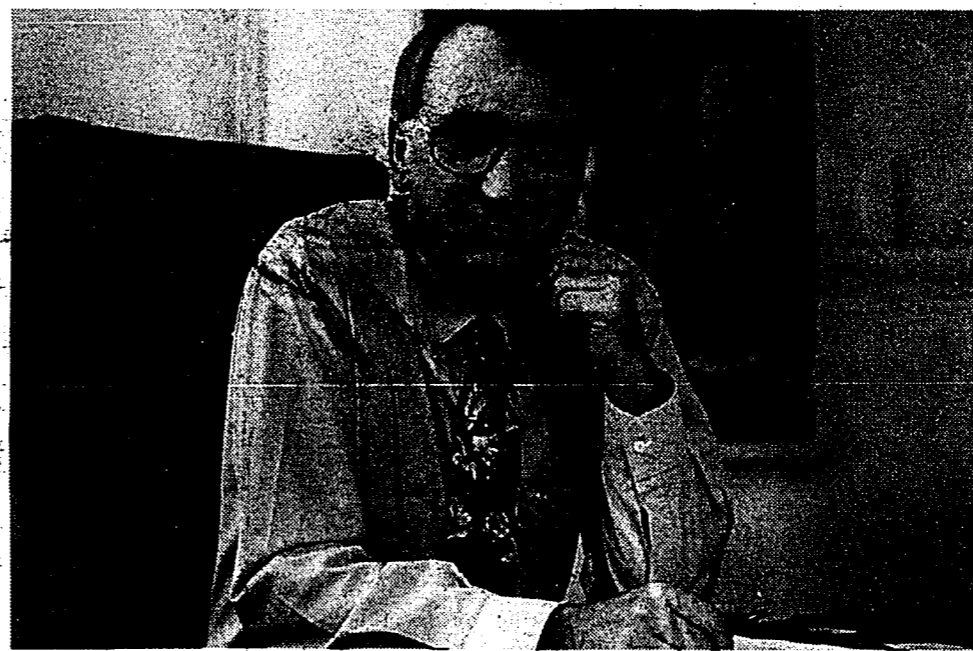
erausfälle für die Staatskasse halten sich mit knapp einer Million in relativ engen Grenzen, wenn in Erwägung gezogen wird, dass durch die Einführung der Mehrwertsteuer dem Finanzminister jährlich ein Vielfaches davon zufließt.

Dass ein echter Ausgleich der «kalten Progression» ohne weiteres verkraftbar wäre, ohne Einrechnung der in den letzten Jahren vorgenommenen Steuerentlastungen aus familienpolitischen Gründen, lässt sich aus den von der Regierung veröffentlichten Zahlen des Finanzplanes erkennen. Nach dem geltenden Finanzplan sollte der Deckungsüberschuss der greifbaren Mittel von 72,4 Mio. Fr. im laufenden Jahr bis auf 19,2 Mio. Fr. im Jahre 2000 absinken. Die neue, den effektiven Einnahmen aus der Mehrwertsteuer angepasste Finanzplanung weist einen Deckungsüberschuss von 96,6 Mio. Fr. für 1996 auf, der sich bis zum Jahr 2000 auf 106,5 Mio. Fr. steigern wird.

Die steuerlichen Ungerechtigkeiten müssen beseitigt werden

Klaus Wanger von der FBPL-Fraktion im Landtag, zum Ausgleich der «kalten Progression» – Teuerungsbedingte Steuerbelastungen beseitigen

(G.M.) – Zehn Jahre nach ihrem ersten Vorstoss zum Ausgleich der «kalten Progression» reichte die FBPL-Fraktion am 24. Mai 1994 einen neuerlichen Antrag ein, um die steuerlichen Mehrbelastungen, die aus dem Teuerungsanstieg resultieren, für die Steuerzahler auszugleichen. Der FBPL-Motion war kein Erfolg beschieden, weil die VU-Fraktion die Überweisung dieses Vorstosses an die Regierung zur Erarbeitung einer Gesetzesvorlage verhinderte.



Klaus Wanger, FBPL-Fraktion, über die «kalte Progression»: Die Belastung für die Steuerpflichtigen mit kleineren und mittleren Einkommen ist prozentual grösser als für Steuerpflichtige mit hohem Einkommen. (Archivbild)

Der FBPL-Abgeordnete Klaus Wanger, der die Motion 1994 umfassend begründete, zeigte sich auf Anfrage zufrieden, dass die Regierung trotz Ablehnung der Motion einen Gesetzesvorschlag ausarbeitete. Im Detail wollte er zu den Vorschlägen der Regierung noch keine Stellungnahme abgeben, weil die Vorlage erst vor einigen Tagen an die Abgeordneten verschickt wurde. Unverändert aber bleibt sein Grundsatz, den er schon im Landtag formuliert hatte: Ein genereller Ausgleich der «kalten Progression» aller Steuergruppen ist nach zehn Jahren überfällig.

Die VU-Fraktion stellte sich 1994 ge-

gen die Überweisung der FBPL-Motion, weil das parlamentarische Instrument der Motion einen Gesetzesvorschlag der Regierung verlangt, während das Postulat nur eine Überprüfung einer Sachlage verlangt und der Regierung die Ent-

scheidung überlässt, ob eine Gesetzesanpassung vorgenommen werden soll oder nicht.

Darum Motion statt Postulat

Weshalb die FBPL-Fraktion eine Motion und nicht ein Postulat einreichte, erläuterte Klaus Wanger im Landtag mit einem Beispiel: Die FBPL hatte 1982 ein Postulat zur Überprüfung des Ausgleichs der «kalten Progression» eingereicht, doch mehr als zwei Jahre verstrichen damals, ohne dass die Regierung Brunhart etwas unternahm, so dass die FBPL-Fraktion die «stärkere Waffe» des Parlaments, die Motion, einsetzte. Eine solche Verzögerungstaktik sollte nicht mehr passieren, meinte Klaus Wanger, weshalb gleich das Instrument der Motion ergriffen werde.

Nachdem die VU-Fraktion die FBPL-Motion verhindert hatte und einen fast identischen Vorstoss in Form des unverbindlicheren Postulates unternahm, zeigte sich die Verzögerungstaktik erneut. Immerhin verstrichen zwei Jahre, bis die Regierung jetzt dem Landtag einen Bericht und einen Gesetzesvorschlag unterbreitete.

Höhere Dividende nach glänzendem Ergebnis

1230 Aktionäre an der gestrigen Generalversammlung der Liechtensteinischen Landesbank AG



An der gestrigen 4. Generalversammlung der Liechtensteinischen Landesbank AG nahmen die 1230 anwesenden Aktionäre mit Genugtuung zur Kenntnis, dass «ihre» Bank 1995 abermals ein Rekordergebnis erzielte, das auch eine Erhöhung der Dividende von 18 auf 20 Prozent des Aktienkapitals von 190 Mio. Franken zur Folge hat. Die Ausschüttung pro Inhaberaktie steigt gemäss gestrigem Beschluss von neun auf zehn Franken an. Im übrigen stand die Versammlung in der Vaduzer Tennishalle im Zeichen einiger personeller Veränderungen in der Leitung der Landesbank. Mehr über den Anlass auf Seite 3.

Teuerung sank auf 0,7 Prozent

(AP) Die Jahresteuering ist in Liechtenstein und der Schweiz im Mai mit 0,7 Prozent auf den tiefsten Stand seit anderthalb Jahren gefallen. Im Monatsvergleich ging der Index sogar um 0,4 Prozent zurück – vor allem dank billigeren Reiseangeboten und dem Preiseinbruch beim Rindfleisch wegen der BSE-Seuche.

Der Landesindex der Konsumentenpreise erreichte Ende Mai einen Stand von 103,2 Punkten, wie das Schweizer Bundesamt für Statistik (BFS) am Freitag mitteilte. Die Jahresteueringrate bildete sich damit von 0,9 Prozent Ende April auf 0,7 Prozent zurück. Das ist die tiefste Teuerung seit Dezember 1994, als ein Wert von 0,4 Prozent erreicht worden war. Vor Jahresfrist hatte die Teuerung – vor allem als Folge der Einführung der Mehrwertsteuer – noch 2,0 Prozent betragen. Im Schnitt der ersten fünf Monate fiel die Teuerung knapp unter die Ein-Prozent-Marke – eine Entwicklung, die letztmals im Jahre 1987 verzeichnet worden war. Die negative Monatssteuerung von 0,4 Prozent ist hauptsächlich auf saisonbedingte Abschläge bei Pauschalreisen sowie auf die Verbilligungsaktion beim Rindfleisch zurückzuführen.



AB 1. APRIL IM
AU-PARK
TRIESEN
federer
BRILLEN UND KONTAKTLINSEN
BUCHS UND VADUZ

aktuelle
Themen

- Weiterer Schwesterdienst von Liechtenstein-Online eröffnet.....2
- LLB: Neues Rekordergebnis.....3
- Hilfpädagogisches Zentrum in Schaan.....5
- 20. Open Air in St. Gallen.....11
- FC Balzers spielt um den Aufstieg.....15
- Netanjahu neuer Regierungschef von Israel...19
- Wärmster Tag des Jahres.....20